

Antwort

der Landesregierung
auf die Kleine Anfrage Nr. 1554
der Abgeordneten Thomas Jung und Andreas Kalbitz
AfD-Fraktion
Drucksache 6/3769

Integrations- und Präventivkurse

Wortlaut der Kleinen Anfrage Nr. 1554 vom 23.03.2016:

Die steigende Anzahl von Polizei-Einsätzen in den Asylbewerberheimen des Landkreises Dahme-Spreewald zwingt Kreisverwaltung, Polizei, Feuerwehr und Amtsgerichte zu einem neuen Präventions- und Aufklärungskonzept. Integrationsfördernde Themen wie „Gesetze“, „Wie Deutsche denken“, "Leben in Deutschland", "Religion", "Frauen in Deutschland", "Nähe, Liebe und Sex", aber auch Fremdenfeindlichkeit stehen auf dem Programm. Die Teilnahme ist freiwillig.

Wir fragen die Landesregierung:

- 1.) Warum ist die Teilnahme freiwillig, wenn vom Bundesinnenminister die aktive Teilnahme an der Integration immer wieder gefordert wird?
- 2.) Wie viele Personen haben bisher an den Kursen im Landkreis Dahme-Spreewald teilgenommen (in Prozent)?
- 3.) Wie groß ist die Bereitschaft zur Teilnahme an solchen Kursen von Flüchtlingen in ganz Brandenburg (in Prozent)?
- 4.) Werden solche Kurse auch in anderen Landkreisen oder kreisfreien Städten angeboten?
- 5.) Wie hoch ist dort jeweils der Teilnehmeranteil (in Prozent)?
- 6.) Wer ist für die Ausgestaltung der Kurse verantwortlich?
- 7.) Wo können die Kursunterlagen eingesehen werden?
- 8.) Wie hoch sind die Gesamtkosten und Kosten jeweils pro Teilnehmer? (Bitte ggf. aufschlüsseln nach Landkreisen)

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung: Die starke Zuwanderung auch nach Brandenburg stellt alle staatlichen Stellen sowie die Zivilgesellschaft vor große Herausforderungen. Nur ein fortgesetztes Engagement der Verantwortungsgemeinschaft aus Bund, Land, Kommunen und Zivilgesellschaft wird Integrationshemmnisse überwinden und zu einer gelungenen Integration der zugewanderten Menschen führen. Die Landesregierung begrüßt das Engagement aus dem Kreis der brandenburgischen Kommunen, den

zugewanderten Menschen bestmögliche Integrationschancen durch passgenaue Angebote vor Ort zu bieten. Diese von den Kommunen in eigener Verantwortung durchgeführten und auf einer freiwilligen Teilnahme basierenden Maßnahmen ergänzen überregionale und landesweite Angebote. Die Integrationsangebote der örtlichen Ebene werden von der Landesregierung nicht zentral erfasst. Die Landesregierung nimmt grundsätzlich keinen Einfluss auf deren Ausgestaltung. Detailinformationen zu dem in Rede stehenden Angebot des Landkreises Dahme-Spreewald liegen der Landesregierung nicht vor.

Frage 1: Warum ist die Teilnahme freiwillig, wenn vom Bundesinnenminister die aktive Teilnahme an der Integration immer wieder gefordert wird?

Frage 2: Wie viele Personen haben bisher an den Kursen im Landkreis Dahme-Spreewald teilgenommen (in Prozent)?

Frage 3: Wie groß ist die Bereitschaft zur Teilnahme an solchen Kursen von Flüchtlingen in ganz Brandenburg (in Prozent)?

Frage 4: Werden solche Kurse auch in anderen Landkreisen oder kreisfreien Städten angeboten?

Frage 5: Wie hoch ist dort jeweils der Teilnehmeranteil (in Prozent)?

Frage 6: Wer ist für die Ausgestaltung der Kurse verantwortlich?

Frage 7: Wo können die Kursunterlagen eingesehen werden?

Frage 8: Wie hoch sind die Gesamtkosten und Kosten jeweils pro Teilnehmer? (Bitte ggf. aufschlüsseln nach Landkreisen)

zu Frage 1 bis 8: Zur Beantwortung der Fragen 1 bis 8 wird auf die Vorbemerkung verwiesen.